

Polizei räumt besetzten Festsaal

Da wurden leise Erinnerungen an die Unibrennt-Proteste vor zehn Jahren wach: Unter dem Motto „Uns reicht’s“ haben am Dienstag nach einer Demonstration rund 100 Studierende den Festsaal der **TU Wien** besetzt. Sie wollten mit den Regierungsverhandlern in Kontakt treten. Adressatin war unter anderem die frühere Unibrennt-Aktivistin und Koalitionsverhandlerin Sigrid Maurer, die am Abend reagierte: Den Forderungskatalog nehme sie gerne entgegen. Auch die Polizei reagierte: Gegen 22 Uhr räumte sie den Festsaal.



„Für ein starkes Wissenschaftsressort“

Universität. Die neue Rektorenchefin, Sabine Seidler, ist angesichts der Regierungsverhandlungen optimistisch. Das geforderte Budgetplus von 2,1 Milliarden Euro sei wohlüberlegt.

VON BERNADETTE BAYRHAMMER

Wien. Gepoltert wird an der Spitze der **Universitätenkonferenz** in Zukunft wohl eher nicht werden. Das zeigte sich schon beim ersten Termin der neuen Rektorenchefin, Sabine Seidler: Die **TU-Wien-Rektorin** geht ihr Amt recht unaufgeregt an. „Sie sollen es gut machen“, sagte Seidler auf die Frage nach ihren Forderungen an die türkis-grünen Regierungsverhandler. „Soweit ich die Verhandlungsteams kenne, bin ich optimistisch, dass für die Unis etwas Gutes rauskommt.“

Was nicht bedeutet, dass Seidler – die diesen Montag von ihren Kollegen für die kommenden zwei Jahre zur Präsidentin gewählt wurde – nicht mit klaren Vorstellungen ins Amt startet. Die sieben Forderungen, die die Universitäten erst unlängst an die Politik richteten – von einem deutlichen Budgetplus über eine Exzellenzinitiative und mehr Verbindlichkeit im Studium bis hin zu einem eigenen Wissenschaftsressort („Die Presse“ berichtete) –, seien selbstverständlich nach wie vor aufrecht. „Daran wird sich sicherlich nichts ändern.“

„Ich spreche mich seit Jahren für ein starkes Wissenschaftsministerium aus“, sagte Seidler zur Frage

nach der Ressortorganisation. Ein solches solle Grundlagenforschung und angewandte Forschung bündeln. „Wenn man Innovation Leader werden möchte, muss man die Wertschöpfungsketten schließen. Das wäre leichter, wenn der Themenkomplex in einer Hand wäre.“

Außerdem seien die Unis in dem großen Bildungsministerium zuletzt immer im Hintergrund gestanden – auch weil die meistdiskutierten Probleme weitgehend gelöst gewesen seien, das Uni-Budget und die Studienplatzfinanzierung. Aber: In einem gemeinsamen Ministerium werde die Gewichtung immer in Richtung Bildung gehen, sagte Seidler. „Die Zahl der Baustellen war wesentlich höher, und das wird auch in Zukunft so sein.“

Deutlich mehr Budget für Unis

Dass es für die Universitäten nochmals deutlich mehr Budget brauchen wird, ist für Seidler klar. Es geht um 2,1 Milliarden Euro für die drei Jahre ab 2021, mit denen das Uni-Budget auf über 13 Milliarden Euro steigen würde. Das geforderte Plus – laut Seidler ein „wohlüberlegter Finanzierungsbedarf“ – setzt sich dabei neben rund 700 Millionen Euro für Teuerungseffekte unter anderem aus gut 500 Millionen

Euro für Infrastruktur sowie jenen 500 Millionen Euro zusammen, die für die zweite Umsetzungsphase der Studienplatzfinanzierung veranschlagt sind. Quasi als Vorarbeit brauche es eine Überprüfung der Pilotphase der Studienplatzfinanzierung. Diese müsse im kommenden Jahr passieren – denn das Uni-Budget muss im Herbst stehen.

Was die Forderung nach mehr Mitteln für den Forschungsfonds FWF angeht, gibt Seidler ebenfalls etwas zu bedenken: In den kommenden beiden Jahren werde die Zahl der potenziellen Antragssteller um rund 300 steigen – weil mit dem Budgetplus für die Studien-

platzfinanzierung 300 zusätzliche Professoren berufen werden. Damit müsste auch die Zahl der Anträge, die gefördert werden, steigen. Derzeit trifft das nur auf jeden fünften Antrag zu: Das sei deutlich unter dem internationalen Schnitt.

Klimabewegung unterstützen

Die **Universitätenkonferenz** selbst will sich indes unter anderem der Frage widmen, wie die Universität der Zukunft aussehen soll: welche Absolventen man brauche, welche Kompetenzen man diesen vermitteln müsse und wie Lehre in Zukunft aussehen könne. Außerdem ist eine Initiative zum Know-how-Transfer geplant, auch die Wissenschaftskommunikation soll unter dem Titel „Ideen, die unser Leben verbessern“ verstärkt werden.

Nachhaltigkeit wird ebenfalls ein Thema sein, sagte die neue Rektorenchefin. Nicht zuletzt, weil die Wissenschaft – neben dem eigenen Handeln – ein zentraler Ansatz sei, um die Klimaprobleme zu lösen. Die „Fridays for Future“-Bewegung sieht sie dabei quasi als Verbündete. Die Proponenten der Bewegung würden nämlich evidenzbasiert argumentieren. „Und wir wollen diese Evidenzbasierung nach Kräften unterstützen.“

ZUR PERSON



Sabine Seidler (58) wurde von den Uni-Rektoren am Montag zur neuen Präsidentin der **Universitätenkonferenz** gewählt. Die Werkstoffwissenschaftlerin steht seit 2011 an der Spitze der Technischen Universität Wien, wo sie erste Rektorin, erste Vizerektorin und erste Professorin war. Ihr Stellvertreter in der Universitätenkonferenz ist der Rektor der Uni Klagenfurt, Oliver Vitouch. [APA/Fotringer]

NACHRICHTEN

Puntscher Riekmann führt FWF-Aufsichtsrat

Die Politikwissenschaftlerin und ehemalige grüne Nationalratsabgeordnete Sonja Puntischer Riekmann (65) ist neue Vorsitzende des Aufsichtsrats des Wissenschaftsfonds FWF. Das zehnköpfige Gremium hat sich am Montag für eine vierjährige Funktionsperiode neu konstituiert. Bis zu ihrer Pensionierung im heurigen Herbst war Puntischer Riekmann Professorin an der Uni Salzburg. Ihre Stellvertreterin ist IHS-Generalsekretärin Eva Liebmann-Pesendorfer.

Umstrittenes Spiel für Anti-Preis nominiert

Der Verein „Original Play“, in dessen Kursen fremde Erwachsene mit Kindern rangeln, hat Chancen auf das „Goldene Brett vorm Kopf“. Das Konzept werde ohne wissenschaftliche Basis zum Allheilmittel für das Kind erklärt. Nominiert für den „Negativpreis für den größten unwissenschaftlichen Unfug des Jahres“, der am Freitag in Wien vergeben wird, sind auch die deutsche Homöopathie-Firma Hevert und der deutsche Lungenfacharzt Dieter Köhler.

Salzburger Priester wird Rektor in Rom

Der Priester Michael Max (49) wird neuer Rektor des von der Österreichischen und der Deutschen Bischofskonferenz getragenen Päpstlichen Instituts Santa Maria dell’Anima in Rom. Das teilte die Erzdiözese Salzburg am Dienstag mit. Der gebürtige Oberösterreicher, der in Salzburg das Bildungszentrum St. Virgil leitet, tritt sein Amt mit 1. September 2020 an und wird Nachfolger des Oberösterreichers Franz Xaver Brandmayr (63) aus der Erzdiözese Wien.

Neuer Sprecher der Senatsvorsitzenden

Der Vorsitzende des Senates der TU Graz, Gernot Kubin, ist für die kommenden drei Jahre zum neuen Sprecher der Senatsvorsitzenden der österreichischen Unis gewählt worden. Der Professor an der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik folgt in seiner neuen Funktion auf Michael Schwarz von der Universität Wien. Der Senat ist neben Rektorat und Uni-Rat eines der drei Leitungsgremien einer Uni.

„Österreich verliert die zweite Migrantengeneration“

Pisa. Die liberale Denkfabrik Agenda Austria fordert mehr Geld für Brennpunktschulen. Einen solchen Sozialindex wollen auch AK und SPÖ.

Wien. Die Pisa-Studie, die vergangene Woche veröffentlicht wurde, hat nicht nur dem heimischen Bildungssystem einen durchwachsenen Befund ausgestellt, sondern auch den Integrationsbemühungen. Der Leistungsunterschied zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund ist in Österreich größer als in anderen Ländern. Das macht sich vor allem beim Lesen bemerkbar.

Unter den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund zählen in Österreich 18,3 Prozent zur Risikogruppe. Bei den Schülern der ersten Zuwanderergeneration, die im Ausland geboren sind und später nach Österreich kamen, sind es 47,4 Prozent. Bei den Schülern der zweiten Generation, deren Eltern aus dem Ausland kommen, zählen immerhin noch 36 Prozent zu den Risikoschülern. Sie können also

nicht einmal einfache Texte lesen und verstehen. „Österreich verliert die zweite Migrantengeneration“, warnt deshalb die liberale Denkfabrik Agenda Austria.

„Um die Leistungen der Schüler anzuheben, müssen Ressourcen und Unterstützungsmaßnahmen gezielt jenen Schulen zukommen, die ein vergleichsweise schwierige-

res Umfeld vorfinden“, sagt Jessica Feldmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Agenda Austria, zur „Presse“. Die liberale Denkfabrik plädiert also für einen sogenannten Chancen- bzw. Sozialindex.

Das Geld soll nicht mit der Gießkanne auf Schulen verteilt werden. Standorte, die von mehr Kindern mit Migrationshinter-

grund bzw. von Schülern aus sozioökonomisch schwachen Familien besucht werden, sollten mehr Geld als andere bekommen. Das soll Brennpunktschulen helfen.

Die Schulen sollten, wie Feldmann sagt, dann autonom über die Verwendung der Mittel entscheiden können. Die Leistungsentwicklung der Schüler sollte dokumen-

tiert und offengelegt werden. So lasse sich ermitteln, welche Maßnahmen effektiv und welche Anpassungen notwendig sind.

Da es schwierig sein werde, anderen Schulen Geld wegzunehmen, müsste dafür insgesamt wohl mehr Geld in die Hand genommen werden, sagt Hanno Lorenz von der Agenda Austria. Das System sei zwar schon jetzt teuer. Hier nicht zu investieren sei langfristig aber noch kostspieliger. Die liberale Denkfabrik ist sich hier ungewöhnlich einig mit der Arbeiterkammer, der SPÖ, den Grünen. Auch die forderten nach der Veröffentlichung der Pisa-Ergebnisse neuerlich die Einführung eines Sozialindex. Die Neos sind ebenso dafür.

Vorbereitungen hat es dazu im Bildungsministerium zwar schon gegeben. Umgesetzt wurde das Ganze aber noch nicht. (j. n.)

Schüler mit Leseschwäche in Prozent

